



Matthias W. Birkwald, MdB

Rentenpolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215

Fax 030 227 – 76215

matthias-w.birkwald@bundestag.de

www.matthias-w-birkwald.de

16.08.2011

Mini-Jobben weil die Rente nicht reicht

53 Prozent mehr jobbende Rentnerinnen und Rentner seit 2000

Mitte September will die schwarz-gelbe Bundesregierung den „Regierungsdialog Rente“ starten. Für Anfang 2012 hat sie angekündigt, die Ergebnisse als Gesetzentwürfe in das Parlament zu bringen. Doch bis heute gibt es keine offizielle Themenliste zum Regierungsdialog. Ein Thema muss die zunehmend um sich greifende Altersarmut sein. Wem reicht die Rente heute schon nicht? Wie viele Rentnerinnen und Rentner müssen ihre karge Rente mit Arbeit aufbessern? Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE hat deshalb die Bundesregierung gefragt, wie viele Rentnerinnen und Rentner einem Mini-Job nachgehen. Die Antworten sind bedrückend.

In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der minijobbenden Rentnerinnen und Rentner um 53 Prozent gestiegen. Werden auch diejenigen mitgezählt, die eine andere Erwerbstätigkeit mit einem Mini-Job kombinieren, sind es sogar **59 Prozent mehr minijobbende Alte.**

„Ruhestand war gestern, malochen bis zum Tode heißt heute das Schicksal von immer mehr Rentnerinnen und Rentnern. Das ist die erschreckende Folge einer vollkommen verfehlten Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik. Was Rot-Grün mit den Hartz- und Rentenreformen losgetreten hat, will Schwarz-Gelb heute ganz offenbar nicht ändern. Das ist ein gesellschaftspolitischer Skandal. Diese Verarmungspolitik muss sofort beendet werden! Die Rente muss wieder den Lebensstandard sichern und zuverlässig vor Armut schützen. Deswegen müssen die Kürzungsfaktoren gestrichen und die Rente erst ab 67 zurückgenommen werden. Keine Rentnerin und kein Rentner soll von weniger als 900 Euro leben müssen. DIE LINKE fordert deshalb eine solidarische Mindestrente“, so Birkwald angesichts der Antworten der Bundesregierung.

Presseinformation



Matthias W. Birkwald, MdB

Rentenpolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215

Fax 030 227 – 76215

matthias-w.birkwald@bundestag.de

www.matthias-w-birkwald.de

60 Prozent aller ab 65-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Mini-Jobberinnen und Mini-Jobber

In den vergangenen zehn Jahren ist das Sicherungsniveau der gesetzliche Rente beständig abgesenkt worden. Die Neuzugänge erhalten seitdem eine immer geringere Rente aus der gesetzlichen Alterssicherung – aktuell sind es im Westen 820 Euro, im Osten 800 Euro. Das sind Beträge, die deutlich unterhalb der Armutsrisikogrenze von derzeit 929 Euro liegen. Und: Immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Und immer mehr Alte müssen ihre Haushaltskasse mit einem Mini-Job aufbessern. Regelmäßig verweist die schwarz-gelbe Bundesregierung auf steigende Erwerbsbeteiligung Älterer – auch jenseits des heutigen Rentenalters von 65 Jahren. Als Erwerbstätige zählt das Statistische Bundesamt alle, die mehr als eine Stunde pro Woche als Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Soldatinnen und Soldaten oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten. Als Arbeitnehmer gelten Beamte, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Geringfügig Beschäftigte. Eine Sonderauswertung des Mikrozensus durch das Statistische Bundesamt im Auftrag von Matthias W. Birkwald ergab: 32 Prozent aller Erwerbstätigen ab 65-jährigen gelten als Arbeitnehmer. Doch der Großteil dieser Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, nämlich mehr als 62 Prozent, sind Mini-Jobberinnen und Mini-Jobber.

Fürsorgefälle – weil die Rente nicht reicht – um 72 Prozent gestiegen

Wer über eine ausreichende Altersrente verfügt, ist nicht auf die Grundsicherung im Alter angewiesen. Im Vergleich zum Jahr 2003 sind heute 55 Prozent mehr 65-Jährige und ältere auf die Grundsicherung angewiesen. Bei knapp vier Fünftel der Älteren, die Grundsicherung beziehen, wird eigenes Einkommen angerechnet. Zumeist ist das eine nicht ausreichende Altersrente: Bei 86 Prozent der 65-Jährigen und älteren, bei denen auf die Grundsicherung eigenes Einkommen angerechnet wird, handelt es sich bei dem angerechneten

Presseinformation



Matthias W. Birkwald, MdB

Rentenpolitischer Sprecher der
Bundestagsfraktion DIE LINKE.

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215

Fax 030 227 – 76215

matthias-w.birkwald@bundestag.de

www.matthias-w-birkwald.de

Einkommen um die Altersrente. Und immer mehr Rentnerinnen und Rentner sind seit 2003 unter die Bedürftigkeitsschwelle gerutscht. Denn die Anzahl der Grundsicherungsempfängerinnen und -empfänger, bei denen eine Altersrente angerechnet wird, ist seit 2003 um 113.480 Fälle oder 71,7 Prozent gestiegen.

LINKE Forderungen gegen Altersarmut

Erstens: Prekäre Arbeit führt direkt in die Altersarmut und muss deshalb radikal eingedämmt werden. Mini-Jobs sollen drastisch eingeschränkt, Leiharbeit soll verboten und ein flächendeckender, gesetzlicher Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde muss eingeführt werden.

Zweitens: Den einmal erarbeiteten Lebensstandard zu sichern, muss wieder Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung werden. Rot-Grün hat die Lebensstandardsicherung aus der Rente verbannt – DIE LINKE will sie wieder einführen. Dazu müssen alle Rentenkürzungen per Gesetz gestrichen werden. Dazu zählen alle Kürzungsfaktoren in der Rentenformel, die Rente erst ab 67 und die ungerechten Abschläge in der Erwerbsminderungsrente. Und dazu zählt auch, endlich den Rentenwert Ost auf das Westniveau anzuheben.

Drittens: Langzeiterwerbslose und Niedrigverdienende müssen besser abgesichert werden. Deshalb sollen die Rentenbeiträge für Langzeiterwerbslose wieder eingeführt werden und mit monatlich 250 Euro sechs Mal so hoch sein, wie sie vor dem schwarz-gelben Kürzungspaket waren. Zudem muss die Rente nach Mindestentgeltpunkten fortgesetzt und entfristet werden.

Viertens: Wir brauchen eine solidarische Alterssicherung. Alle Menschen, die arbeiten, also zum Beispiel auch Beamtinnen und Beamte, Abgeordnete, sollen in die solidarische Erwerbstätigenversicherung einzahlen.

Fünftens: Die solidarische, steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Mindestrente rundet den Fünfpunkteplan gegen Altersarmut ab.

Anhang:

Antwort der Bundesregierung auf die schriftlichen Fragen von Matthias W. Birkwald (MdB, DIE LINKE)

Presseinformation

**Geringfügig Beschäftigte
(ab 65- bis 74-Jährige)
2000 bis 2010**

Jahr	Geringfügig Beschäftigte ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Anteil Sp. 1 an Sp. 3 in %	Anteil Sp. 2 an Sp. 4 in %	ausschließlich Geringfügig Beschäftigte		Anteil Sp. 7 an Sp. 1 in %	Anteil Sp. 8 an Sp. 2 in %
	Insgesamt	65+	Insgesamt	65+			Insgesamt	65+		
	1	2	3	4			7	8		
2000	4.198.864	416.648	82.259.540	13.694.014	5,1	3,0	4.198.864	416.648	100,0%	100,0%
2001	4.201.802	436.866	82.440.309	14.065.722	5,1	3,1	4.201.802	436.866	100,0%	100,0%
2002	4.183.791	455.058	82.536.680	14.438.819	5,1	3,2	4.183.791	455.058	100,0%	100,0%
2003	5.981.807	519.296	82.531.671	14.859.995	7,2	3,5	4.544.180	500.113	76,0%	96,3%
2004	6.666.530	584.306	82.500.849	15.367.451	8,1	3,8	4.891.002	563.526	73,4%	96,4%
2005	6.739.382	608.100	82.437.995	15.870.074	8,2	3,8	4.893.323	591.373	72,6%	97,2%
2006	6.915.919	640.045	82.314.906	16.299.289	8,4	3,9	4.920.701	621.639	71,2%	97,1%
2007	7.103.628	657.061	82.217.637	16.518.744	8,6	4,0	4.943.186	635.632	69,6%	96,7%
2008	7.196.922	675.105	82.002.356	16.729.013	8,8	4,0	4.920.121	651.469	68,4%	96,5%
2009	7.311.021	676.748	81.802.257	16.901.742	8,9	4,0	4.971.298	651.850	68,0%	96,3%
2010	7.384.140	660.687	81.751.602	16.844.293	9,0	3,9	4.931.287	635.458	66,8%	96,2%
2000 bis 2010	3.185.276	244.039	-507.938	3.150.279			732.423	218.810		
	75,9%	58,6%		23,0%			17,4%	52,5%		

1) Bis 2003 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; Stand jeweils 31.12.

2) Bevölkerung zum 31.12.

Neuregelung ab 1. April 2003

Quelle: Antwort BMAS auf schriftliche Fragen von Matthias W. Birkwald (MdB, DIE LINKE); Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

**Geringfügig Beschäftigte
(ab 65- bis 74-jährige Männer)
2000 bis 2010**

Jahr	Geringfügig Beschäftigte ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Anteil Spalte 1 an Spalte 3 in %	Anteil Spalte 2 an Spalte 4 in %
	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65- und älter		
	1	2	3	4		
2000	1.217.474	205.512	40.156.536	5.286.552	3,0	3,9
2001	1.232.310	215.253	40.274.676	5.510.767	3,1	3,9
2002	1.245.493	223.873	40.344.879	5.738.248	3,1	3,9
2003	2.076.124	262.278	40.356.014	5.987.580	5,1	4,4
2004	2.376.129	297.153	40.353.627	6.272.935	5,9	4,7
2005	2.402.406	311.890	40.339.961	6.556.401	6,0	4,8
2006	2.470.671	331.572	40.301.166	6.802.581	6,1	4,9
2007	2.538.785	344.008	40.274.292	6.944.954	6,3	5,0
2008	2.581.958	356.305	40.184.283	7.083.660	6,4	5,0
2009	2.648.993	356.959	40.103.606	7.199.814	6,6	5,0
2010	2.713.038	351.144	40.112.425	7.201.072	6,8	4,9
2000 bis 2010	1.495.564	145.632	-44.111	1.914.520		
	122,8%	70,9%	-0,1%	36,2%		

1) Bis 2003 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; Stand jeweils 31.12.

2) Bevölkerung zum 31.12.

Neuregelung ab 1. April 2003

Quelle: Antwort BMAS auf schriftliche Fragen von Matthias W. Birkwald (MdB, DIE LINKE); Statistik der Bundesagentur für Arbeit; eigene Berechnungen

**Geringfügig Beschäftigte
(ab 65- bis 74-jährige Frauen)
2000 bis 2010**

Jahr	Geringfügig Beschäftigte ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Anteil Spalte 1 an Spalte 3 in %	Anteil Spalte 2 an Spalte 4 in %
	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65- und älter		
	1	2	3	4		
2000	2.981.390	211.136	42.103.004	8.407.462	7,1	2,5
2001	2.969.492	221.613	42.165.633	8.554.955	7,0	2,6
2002	2.938.298	231.165	42.191.801	8.700.571	7,0	2,7
2003	3.905.683	257.018	42.175.657	8.872.415	9,3	2,9
2004	4.290.401	287.153	42.147.222	9.094.516	10,2	3,2
2005	4.336.976	296.210	42.098.034	9.313.673	10,3	3,2
2006	4.445.248	308.473	42.013.740	9.496.708	10,6	3,2
2007	4.564.843	313.053	41.943.545	9.573.790	10,9	3,3
2008	4.614.964	318.800	41.818.073	9.645.353	11,0	3,3
2009	4.662.028	319.789	41.698.651	9.701.928	11,2	3,3
2010	4.671.102	309.543	41.639.177	9.643.221	11,2	3,2
2000 bis 2010	1.689.712	98.407	-463.827	1.235.759		
	56,7%	46,6%	-1,1%	14,7%		

1) Bis 2003 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; Stand jeweils 31.12.

2) Bevölkerung zum 31.12.

Neuregelung ab 1. April 2003

Quelle: Antwort BMAS auf schriftliche Fragen von Matthias W. Birkwald (MdB, DIE LINKE); eigene Berechnungen

**Geringfügig Beschäftigte
(ab 65- bis 74-Jährige)
2000 bis 2010
- Mikrozensus -**

Jahr	Erwerbstätige Mikrozensus 65+	darunter			
		Arbeitnehmer 65 +	darunter		
			GB 65 + Mikrozensus		
	absolut	absolut	in % aller ET 65+	in % aller Arbeitnehmer	
	1	2	3	4	5
2000	372.000	155.000	96.000	25,8%	61,9%
2001	401.000	179.000	116.000	28,9%	64,8%
2002	419.000	189.000	117.000	27,9%	61,9%
2003	439.000	203.000	133.000	30,3%	65,5%
2004	450.000	211.000	140.000	31,1%	66,4%
2005	520.000	246.000	173.000	33,3%	70,3%
2006	542.000	258.000	183.000	33,8%	70,9%
2007	594.000	289.000	203.000	34,2%	70,2%
2008	643.000	325.000	194.000	30,2%	59,7%
2009	668.000	341.000	220.000	32,9%	64,5%
2010	668.000	340.000	212.000	31,7%	62,4%
2000 bis 2010	296.000	185.000	116.000		
	79,6%	119,4%	120,8%		

ET = Erwerbstätige

GB = Geringfügig Beschäftigte

Arbeitnehmer = Beamte, sozialpflichtig und geringfügig Beschäftigte; nicht dabei: Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Soldaten

Quelle: Statistisches Bundesamt 2011, Mikrozensus, Sonderauswertung für Matthias W. Birkwald (MdB, DIE LINKE)

**Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter nach Art des angerechneten Einkommens
Altersgruppe der ab 65-Jährigen**

	Insges.	ohne Einkommen	mit Einkommen	davon											
				Erwerbseinkommen	Vermietung Verpachtung	EM-Rente	Altersrente	Hinterbliebenenrente	Versorgungsbezüge	private Vorsorge	private Unterhaltsleistungen	öff. Leistungen f. Kinder	Einkünfte nach BVG	Einkommen eheähnl. Gemeinschaft § 43 Abs. 1 SGB XII	Sonstiges
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
2003	257.734	26.454	231.280	3.383	140.276	3.093	158.269	39.441	1.138	4.413	4.818	1.288	42	11.297	22.533
2004	293.137	29.512	263.625	4.199	165.379	x	180.773	41.979	1.219	4.908	4.828	1.458	66	13.662	27.852
2005	342.855	82.554	260.301	5.287	x	x	218.105	48.022	1.180	4.687	5.157	1.270	x	13.807	28.883
2006	364.535	85.902	278.633	5.449	x	x	237.989	51.529	1.378	5.304	4.737	1.288	70	14.730	34.689
2007	392.368	85.547	306.821	4.732	656	606	260.372	54.850	1.305	5.588	5.163	1.321	230	18.547	37.212
2008	409.958	92.390	317.568	5.090	714	824	270.909	55.891	1.268	6.281	4.885	1.322	122	18.025	38.221
2009	399.837	82.666	317.171	5.349	808	785	271.749	52.176	1.194	6.324	4.270	1.191	171	19.977	36.080
Veränderung 2003 bis 2009	142.103	56.212	85.891	1.966	x	-2.308	113.480	12.735	56	1.911	-548	-97	129	8.680	13.547
	55,1%	212,5%	37,1%	58,1%	x	-74,6%	71,7%	32,3%	4,9%	43,3%	-11,4%	-7,5%	307,1%	76,8%	60,1%

Quelle: Antwort des BMAS auf schriftliche Fragen von Matthias W. Birkwald (MdB), DIE LINKE

**Empfängerinnen und Empfänger der Grundsicherung im Alter nach Art des angerechneten Einkommens
Altersgruppe der ab 65-Jährigen**

	Anteil ohne Einkommen an allen in %	Anteil mit Einkommen an allen in %	Anteile an EmpfängerInnen mit Einkommen in %											
			Erwerbs-einkommen	Vermietung Verpachtung	EM-Rente	Alters-rente	Hinter-blieben-rente	Versor-gungs-bezüge	private Vorsorge	private Unterhalts-leistungen	öff. Leistungen f. Kinder	Einkünfte nach BVG	Einkommen eheähnl. Gemeinschaft § 43 Abs. 1 SGB XII	Sonstiges
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
2003	10,3%	89,7%	1,5%	60,7%	1,3%	68,4%	17,1%	0,5%	1,9%	2,1%	0,6%	0,02%	4,9%	9,7%
2004	10,1%	89,9%	1,6%	62,7%	x	68,6%	15,9%	0,5%	1,9%	1,8%	0,6%	0,03%	5,2%	10,6%
2005	24,1%	75,9%	2,0%	x	x	83,8%	18,4%	0,5%	1,8%	2,0%	0,5%	x	5,3%	11,1%
2006	23,6%	76,4%	2,0%	x	x	85,4%	18,5%	0,5%	1,9%	1,7%	0,5%	0,03%	5,3%	12,4%
2007	21,8%	78,2%	1,5%	0,2%	0,2%	84,9%	17,9%	0,4%	1,8%	1,7%	0,4%	0,07%	6,0%	12,1%
2008	22,5%	77,5%	1,6%	0,2%	0,3%	85,3%	17,6%	0,4%	2,0%	1,5%	0,4%	0,04%	5,7%	12,0%
2009	20,7%	79,3%	1,7%	0,3%	0,2%	85,7%	16,5%	0,4%	2,0%	1,3%	0,4%	0,05%	6,3%	11,4%

Quelle: Antwort des BMAS auf schriftliche Fragen von Matthias W. Birkwald (MdB), DIE LINKE



Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Matthias W. Birkwald
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Storm

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-0

FAX +49 30 18 527-1830

E-MAIL info@bmas.bund.de

Berlin, *11* August 2011

Schriftliche Fragen im August 2011

Arbeitsnummern 8/48 und 8/49

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, *lieber Herr Birkwald,*

als Anlage übersende ich Ihnen die Antworten auf Ihre o. a. Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

4
Andreas Storm

Schriftliche Fragen im August 2011

Arbeitsnummern 8/48 und 8/49

Frage Nr. 8/48:

Wie hoch war in den jeweiligen Jahren von 2000 bis Juni 2011 die absolute Anzahl aller geringfügig Beschäftigten sowie der ab 65-Jährigen geringfügig Beschäftigten insgesamt sowie differenziert nach Geschlecht, und wie hoch waren jeweils ihre prozentualen Anteile an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe?

Antwort:

Die gewünschten Angaben sind der beiliegende Tabelle zu entnehmen. Zahlen für das laufende Jahr liegen noch nicht vor.

Frage Nr. 8/49:

Bei wie vielen unter repektive ab 65-Jährigen Empfängerinnen und Empfängern von Grundsicherungleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung wurden, differenziert nach Einkommensarten, in den jeweiligen Jahren 2003 bis 2010 Einkommen angerechnet?

Antwort:

Aus dem in § 2 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch - SGB XII - festgelegten Grundsatz des Nachrangs der Sozialhilfe ergibt sich die Verpflichtung des Leistungsberechtigten, eigenes Einkommen einzusetzen. Zum Einkommen im Sinne des SGB XII gehören grundsätzlich alle Einkünfte in Geld und Geldeswert; Ausnahmen von diesem Grundsatz sind im SGB XII vorgesehen. Die beiliegende Tabelle weist für die Jahre 2003 bis 2009 (die Statistik 2009 mit Stichtag 31.12.2009 ist die aktuellste verfügbare Statistik) die erfassten Einkommensarten der Leistungsberechtigten auf. Je leistungsberechtigte Person sind Mehrfachnennungen von Einkommensarten möglich.

Anlage zu Frage Nr. 8/48

Insgesamt

Jahr	Geringfügig Beschäftigte ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Anteil Spalte 1 an Spalte 3 in %	Anteil Spalte 2 an Spalte 4 in %
	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65- und älter		
	1	2	3	4		
2000	4.198.864	416.648	82.259.540	13.694.014	5,1	3,0
2001	4.201.802	436.866	82.440.309	14.065.722	5,1	3,1
2002	4.183.791	455.058	82.536.680	14.438.819	5,1	3,2
2003 ³⁾	5.981.807	519.296	82.531.671	14.859.995	7,2	3,5
2004	6.666.530	584.306	82.500.849	15.367.451	8,1	3,8
2005	6.739.382	608.100	82.437.995	15.870.074	8,2	3,8
2006	6.915.919	640.045	82.314.906	16.299.289	8,4	3,9
2007	7.103.628	657.061	82.217.837	16.518.744	8,6	4,0
2008	7.196.922	675.105	82.002.356	16.729.013	8,8	4,0
2009	7.311.021	676.748	81.802.257	16.901.742	8,9	4,0
2010	7.384.140	660.687	81.751.602	16.844.293	9,0	3,9

1) Bis 2003 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; Stand jeweils 31.12.

2) Bevölkerung zum 31.12.

3) Neuregelung ab 1. April 2003

Männer

Jahr	Geringfügig Beschäftigte ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Anteil Spalte 1 an Spalte 3 in %	Anteil Spalte 2 an Spalte 4 in %
	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65- und älter		
	1	2	3	4		
2000	1.217.474	205.512	40.156.536	5.286.552	3,0	3,9
2001	1.232.310	215.253	40.274.676	5.510.767	3,1	3,9
2002	1.245.493	223.873	40.344.879	5.738.248	3,1	3,9
2003 ³⁾	2.076.124	262.278	40.356.014	5.987.580	5,1	4,4
2004	2.376.129	297.153	40.353.627	6.272.935	5,9	4,7
2005	2.402.406	311.890	40.339.961	6.556.401	6,0	4,8
2006	2.470.671	331.572	40.301.166	6.802.581	6,1	4,9
2007	2.538.785	344.008	40.274.292	6.944.954	6,3	5,0
2008	2.581.958	356.305	40.184.283	7.083.660	6,4	5,0
2009	2.648.993	356.959	40.103.606	7.199.814	6,6	5,0
2010	2.713.038	351.144	40.112.425	7.201.072	6,8	4,9

1) Bis 2003 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; Stand jeweils 31.12.

2) Bevölkerung zum 31.12.

3) Neuregelung ab 1. April 2003

Frauen

Jahr	Geringfügig Beschäftigte ¹⁾		Bevölkerung ²⁾		Anteil Spalte 1 an Spalte 3 in %	Anteil Spalte 2 an Spalte 4 in %
	Insgesamt	65 und älter	Insgesamt	65- und älter		
	1	2	3	4		
2000	2.981.390	211.136	42.103.004	8.407.462	7,1	2,5
2001	2.969.492	221.613	42.165.633	8.554.955	7,0	2,6
2002	2.938.298	231.185	42.191.801	8.700.571	7,0	2,7
2003 ³⁾	3.905.683	257.018	42.175.657	8.872.415	9,3	2,9
2004	4.290.401	287.153	42.147.222	9.094.516	10,2	3,2
2005	4.336.976	296.210	42.098.034	9.313.673	10,3	3,2
2006	4.445.248	308.473	42.013.740	9.496.708	10,6	3,2
2007	4.564.843	313.053	41.943.545	9.573.790	10,9	3,3
2008	4.614.964	318.800	41.818.073	9.645.353	11,0	3,3
2009	4.662.028	319.789	41.698.651	9.701.928	11,2	3,3
2010	4.671.102	309.543	41.639.177	9.643.221	11,2	3,2

1) Bis 2003 nur ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte; Stand jeweils 31.12.

2) Bevölkerung zum 31.12.

3) Neuregelung ab 1. April 2003

Anlage zu Frage Nr. 9/49

Empfänger von Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung jeweils am 31.12. der Jahre 2003 bis 2009 nach Art des angerechneten Einkommens

Empfängergruppe	Und zwar nach Art des Einkommens 2)											sonstige Einkünfte				
	Insgesamt 1)	kein Einkommen	Erwerbseinkommen	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	Steue wegen Erwerbsminderung	Altenrenten	Hinterbliebenenrenten	Vergütungsbezüge	Renten aus privater Vermögensgegenstände	Renten aus betrieblicher Altersversorgung	private Unterhaltsleistungen		Öffentlich-rechtliche Leistungen für Kinder	Einkünfte nach dem Bundeserwerbsminderungsgesetz	Überschüssiges Einkommen des Ehepartners oder eines anderen Gemeinrechtlich gem. § 43 Abs. 1 SGB XII	
SGB XII 2009	Insgesamt	763 864	221 804	67 578	1 202	66 090	278 500	61 652	1 913	2 199	7 187	20 078	32 086	257	23 897	64 566
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	384 027	139 238	52 226	394	65 305	4 751	9 506	719	315	673	15 808	30 904	86	3 920	28 476
	65 Jahre und älter	399 837	82 668	5 349	808	785	271 749	52 176	1 194	1 884	6 324	4 270	1 191	171	19 977	36 090
SGB XII 2008	Insgesamt	787 662	228 027	64 361	1 046	96 067	278 174	68 363	1 863	2 963	7 136	22 816	29 622	189	21 447	74 768
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	357 724	135 637	89 271	323	94 233	4 285	9 472	685	443	857	17 631	28 200	67	3 422	36 537
	65 Jahre und älter	409 938	92 390	5 090	714	824	270 909	55 891	1 268	2 520	6 281	4 885	1 322	122	18 025	38 221
SGB XII 2007	Insgesamt	732 602	208 514	64 432	994	91 661	284 340	64 003	2 097	3 385	6 253	19 263	29 404	407	21 965	77 482
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	340 234	123 967	89 700	338	91 075	3 668	9 153	792	557	666	14 120	27 083	177	3 418	40 280
	65 Jahre und älter	392 368	85 547	4 732	656	606	260 372	54 850	1 305	2 828	5 588	5 163	1 321	230	18 547	37 212
SGB XII 2006	Insgesamt	672 239	169 846	64 500	-	83 827	241 816	69 639	2 289	2 900	8 690	17 680	27 624	432	17 673	78 280
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	307 703	103 944	89 111	-	83 827	3 527	8 300	902	471	576	13 243	26 236	412	3 143	40 591
	65 Jahre und älter	364 536	85 902	5 449	-	-	237 889	51 528	1 387	2 429	5 304	4 737	1 288	70	14 730	34 689
SGB XII 2005	Insgesamt	630 296	174 807	63 366	-	77 669	221 410	65 514	2 007	2 856	6 162	17 745	26 718	-	16 677	64 328
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	287 440	92 253	88 082	-	77 669	3 306	7 492	827	493	495	12 569	25 446	-	2 870	35 452
	65 Jahre und älter	342 856	82 554	5 287	-	-	218 105	48 022	1 180	2 362	4 697	5 157	1 270	-	13 807	28 883
GdG	Insgesamt	826 034	69 916	61 797	Wohngeid *	62 471	183 082	47 696	2 086	2 392	8 408	18 023	36 481	Leistungen GKV	16 598	64 706
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	232 987	30 403	77 586	111 536	62 471	2 289	6 019	867	446	500	13 195	35 003	323	2 934	36 654
	65 Jahre und älter	293 137	29 512	4 199	165 379	-	180 773	41 979	1 219	1 936	4 906	4 828	1 458	66	13 662	27 862
GSKG	Insgesamt	483 631	48 210	68 623	Wohngeid *	68 632	160 376	43 419	1 826	1 491	4 627	18 406	33 401	Leistungen GKV	13 254	47 010
	voll erwerbsmindernd 18 bis unter 65 Jahren	181 097	19 756	63 240	64 965	56 559	2 109	4 378	691	306	414	11 567	32 113	256	1 957	24 477
	65 Jahre und älter	257 734	26 454	3 383	140 276	3 053	158 268	39 441	1 138	1 183	4 413	4 818	1 288	42	11 297	22 533

1) Ohne Mehrfachnennungen.

2) Je Person sind Mehrfachnennungen möglich
r gleichzeitige Bezug von Wohngeid (anrechenbares Einkommen) weg